

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Priv.-Doz. Dr. Bernhard Kreße, LL.M., Maître en droit, Köln

Abschaffung „ewiger Widerrufsrechte“ für alte Immobilien-Verbraucherdarlehensverträge: eine europä- und verfassungsrechtliche Bewertung 1485

Jun.-Prof. Dr. Claire Anna Feldhusen, Hamburg/Rostock

Aufwandspauschalen bei Bausparverträgen in der Sparphase 1490

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof 9.5.2017 II ZR 10/16* Zur Haftung eines mit einer eigenen Kapitalanlage beteiligten Treuhandkommanditisten wegen der Verletzung von Aufklärungspflichten bei der Anbahnung des Aufnahmevertrags gegenüber nach ihm eintretenden Direktkommanditisten bei einer Publikumspersonengesellschaft 1500

Bundesgerichtshof 27.6.2017 VI ZR 424/16* Zur Vermeidbarkeit eines Verbotsirrtums über die Zulässigkeit und Erlaubnispflicht eines Geschäfts i.S.d. § 54 KWG, wenn eine ausreichende Erkundigung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde – auch bei ihrer Nichteinholung – die Fehlvorstellung des Täters bestätigt hätte 1501

OLG Dresden 12.4.2017 13 U 917/16* Zu den Voraussetzungen von Schuldverschreibungen und zur Anwendung des Schuldverschreibungsgesetzes auf nicht verbriefte Genussrechte sowie zur Nachrangigkeit von Forderungen auf Grund von Genussrechtsbedingungen 1503

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 21.7.2016 I ZR 229/15 Zur Qualifizierung eines Kommissionsagenturvertrags; zum Ausgleichsanspruch des Kommissionsagenten in entsprechender Anwendung von § 89b HGB, wenn dieser in von dem Kommittenten angemieteten Räumen einen filialähnlich organisierten Markt betreibt und der Kommittent über ein von ihm vorinstalliertes Kassensystem ständigen Zugriff auf Informationen zu allen Verkaufsvorgängen und auf sämtliche von den Kunden im Rahmen des Bezahlvorgangs mitgeteilten personenbezogenen Daten hat 1509

Bundesgerichtshof 1.12.2016 I ZR 128/15 Maßgeblichkeit einer wirtschaftlichen Betrachtung für die Beurteilung des Verlustes von Transportgut; Lagerung eines mit Gütern bestückten Containers am Hafenterminal beim multimodalen Transport regelmäßig der Seestrecke zuzuordnen; zur Zulässigkeit von Formularvereinbarungen nach § 452d Abs. 2 Nr. 1 HGB, die inhaltlich auf die Anwendung der allgemeinen landfrachtrechtlichen Vorschriften gerichtet sind, sofern für die Haftung auf der Teilstrecke anstelle des an sich anwendbaren Rechts die Geltung der §§ 425 ff. HGB insgesamt vereinbart wird; zu den Anforderungen an Kontrollmaßnahmen eines Container-Packunternehmens bei der Entladung, Zwischenlagerung und Verladung der Transportgüter 1516

Sonstiges

Bundesverfassungsgericht	25.07.2017	2 BvR 1562/17	Auswertung der im Zuge des sogenannten „VW-Dieselskandals“ von der Staatsanwaltschaft bei der Rechtsanwaltskanzlei Jones Day sichergestellten Unterlagen vorerst untersagt	1524
Bundesgerichtshof	23.5.2017	II ZR 169/16	Zur Wertberechnung bei wiederkehrenden, auf Dauer verlangten Leistungen, wenn sich die Jahresbeträge verändern	1525
Bundesgerichtshof	29.3.2017	VIII ZR 11/16*	Zu den Möglichkeiten und Grenzen der Heilung eines Zustellungsmangels nach § 189 ZPO; keine Heilung, wenn sich für den Empfänger einer Klageschrift erst aufgrund einer Auslegung des Inhalts ergibt, dass er und nicht die im Rubrum der Klageschrift (fälschlicherweise) genannte Person, der die Klageschrift durch das Gericht zugestellt worden ist, Beklagter sein soll	1526

Bücherschau

Lutter/Hommelhoff	GmbH-Gesetz, 19. Aufl.	1532
Palandt	Bürgerliches Gesetzbuch, 76. Aufl.	1532